

12/2009

17.12.2009

---

## Demokratischeres Beamtenrecht ist in Bremen unerwünscht

SPD- und Grünenfraktion in der Bremischen Bürgerschaft haben es verpasst, bei der Neuordnung des Bremer Beamtenrechts mehr Mitbestimmung und demokratische Strukturen zu verankern.

Trotz vorheriger Zusagen und Solidaritätsbekundungen lehnten beide Fraktionen einen Gesetzesvorstoß des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften des öffentlichen Dienstes ab, die Beschäftigungsbedingungen von Beamtinnen und Beamten künftig auch durch öffentlich-rechtliche Verträge auf dem Verhandlungswege gestalten zu können.

Statt mit „Verhandeln, statt Verordnen“ neue Wege zu beschreiten, halten sie an den „hervorgekrantem“ Grundsätzen des Berufsbeamtentums aus dem letzten Jahrhundert fest.

Volle Koalitionsrechte – das Recht sich in Gewerkschaften zu organisieren und für seine Interessen zu streiten – wollten weder Grüne noch die SPD den Beamtinnen und Beamten zugestehen und machten verfassungsrechtliche Bedenken geltend. Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, völkerrechtlich bindende Verträge und die europäische Menschenrechtskonvention, die auch Beamtinnen und Beamten volle Koalitionsrechte - bis hin zum Streikrecht – zubilligen, ignorierten sie.

Da sich selbst scheinbar fortschrittliche Parteien demokratischen Strukturen entgegenstellen, bleibt den Gewerkschaften einstweilen nur der Rechtsweg.

Die Bremische Bürgerschaft hat eine Chance verpasst, ihrem Selbstbild gerecht zu werden und ihren Gestaltungswillen aufzugeben.

„Bei aller notwendigen Krisenbewältigung im Laufe ihrer wechselvollen Geschichte öffneten sich die Bremerinnen und Bremer immer wieder den Weg in eine neue Zukunft.“  
(<http://www.bremische-buergerschaft.de>)

Mit freundlichen Grüßen

**Arno Dick**

Landesbezirksbeamtensekretär

Rückfragen über E-Mail-Adresse: arno.dick@verdi.de